

1.601.82  
597.848  
338.512  
882.684  
861.858  
303.428  
112.662  
5.6 (500)  
90.517  
5.998.154  
7.15.107  
327.500  
25.749.47  
7.38.937  
7.546.252  
4.468.450  
68.292.37  
961.500  
9.650.17  
4.416.500  
1.500.53  
8.657.536  
9.518.251  
9.455.930  
7.273.753  
5.239.145  
6.638.912  
5.585.683  
10.13.836  
4.490.568  
8.983.143  
34.14.369  
(500) 480  
1.500.53  
8.657.536  
9.518.251  
9.455.930  
7.273.753  
5.239.145  
6.638.912  
5.585.683  
10.13.836  
4.490.568  
0.884.487  
22.332.624  
4.186.107  
3.27.182  
32.29.947  
2.104.745  
8.123.606  
445.1000  
0.748.548  
8.849.500  
2.806.992  
4.44.476  
8.119.759  
11.420.815  
3.39.731  
80.594.604  
0.234.343  
6.461.661  
0.792.772  
52.796.572  
95.643.107  
5.94.262  
65.135.405  
9.669.118  
9.640.930  
0.500.689  
3.234.146  
9.937.500  
16.406.894  
1.783.293  
0.622.497  
0.855.950  
0.961.980  
151.1000  
28.29.374  
602.174.95  
92.610.43  
2.105.382  
0.500.909  
0.600.677  
34.620.605  
0.152.951  
28.585.980  
3.876  
0.600.677  
0.600.677

# Sächsische Volkszeitung

Unabhängiges Tageblatt  
für Wahrheit, Recht und Freiheit

Erscheint täglich nachm., mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.  
Ausgabe A mit „Die Zeit in Wort und Bild“ vierseitig  
10. M. In Dresden durch Boten 2.40 M. In ganz  
Deutschland frei Post 2.52 M. in Österreich 4.43 K.  
Ausgabe B ohne illustrierte Beilage vierseitig 1.60 M.  
In Dresden durch Boten 2.10 M. In ganz Deutschland frei  
Post 2.22 M. in Österreich 4.07 K. Einzel-Nr. 10 M.

Ausgabe werden die sozialen Politiken über deren Raum mit  
15 M. Beladen mit 50 M. die Zeile berechnet, bei Werbemitteln  
entsprechenden Rabatt.

Buchbinderei, Redaktion und Geschäftsstelle:  
Dresden, Villenstraße 43. - Gemüsemarkt 1886

Der Rückgabe unverlangt. Schriftstücke keine Verbindlichkeit!  
Redaktions-Sprechstunde: 11 bis 12 Uhr.

Kaffee - Genuß ist teuer,  
wertlos, gesundheitsschädigend.

Kakao - Genuß ist billig.

wertvoll für Ernährung und Gesundheit, wohlschmeckend und  
bekömmlich. Wir empfehlen unsere Spezialitäten zu 80, 100,  
120, 140-200 Pf. per Pfund.

Gerling & Rockstroh, Dresden.

Niederlagen in allen Stadtteilen.

## Zur kirchenpolitischen Lage.

Dresden, den 10. März 1911.

Die kirchenpolitischen Debatten im preußischen Abgeordnetenhaus fanden einen ruhigen und friedlichen Ausgang, nachdem sie in der Form überhaupt sonderbar verlaufen waren. Aber haben diese scheinbaren Ruhen nicht Dornen? Wir möchten diese Frage bejahen und kommen zu dieser Überzeugung hauptsächlich durch die Rede des Ministerpräsidenten v. Bethmann Hollweg, da die Stellungnahme der Parteien seinerlei Überraschungen gebracht hat. Was aber die Regierung sagte und sagen ließ, das verdient ernste Beachtung in allen katholischen Kreisen; es ist auch geeignet, alle und jede Vertrauensseligkeit abzulegen.

Man wird zugeben, daß der größte Teil der Rede des Ministerpräsidenten von dem Bestreben getragen war, dem konfessionellen Frieden zu dienen und jede Erregung hinzuzustellen. Kleine Entgleisungen fanden auch hier schon vor; denn ein Diplomat darf nicht den Papst auf Kosten der Kirche loben, nicht ersteren als ungemein friedfertig, aber die Kirche als Friedensstörer ansehen. Doch um solche Kleinigkeiten wollen wir uns nicht erst lange aufhalten, da wir bei zwei wichtigen Punkten der Grundgebung der Regierung einzutreten haben und unser lebhaftes Bedenken über diese aussprechen müssen.

Das ist zunächst die Stellungnahme zur Kinderkommunion. Es geht die preußische Regierung rein gar nichts an, was der Papst in diesem Weltgeschehe für die Kinderkommunion festgesetzt hat. Die Annahme, daß die Schulaufsicht hieran berührt wird, ist total falsch und die Erwartung des Herrn v. Bethmann Hollweg, daß der Papst sich vor dem Erlass dieses Dekretes hätte mit Preußen verständigen müssen, ist ganz unhaltbar und bedeutet einen staatlichen Übergriff in das kirchliche Gebiet, der um so mehr verlegen muß, als die Ausführungsbestimmungen des preußischen Episkopates auch das lechte Bedenken befürchten müssen. Der Papst als Hüter der Weltkirche kann nicht in solchen rein innerkirchlichen Angelegenheiten erst in Berlin die Protestanten fragen, wie er die Kirche zu leiten hat, wenn es sich um die Spendung der heiligen Sakramente handelt. Wir bedauern daher sehr lebhaft, daß der Ministerpräsident eine solche Stellung einnehmen konnte.

Aber die Bedenken wachsen, wenn man seine Aussführungen zum Modernismus sieht. Man greift sich nun willkürlich an den Kopf und fragt, wie kann die Rede in der Theorie so zutreffend den Eid als eine innerkirchliche Angelegenheit bezeichnen und dann doch in der Praxis ganz unhaltbare Konsequenzen daraus ziehen? Der Ministerpräsident gab nämlich uneingeschränkt seine Meinung zu erkennen, daß dieser neue Amtseid der Geistlichen eine innerkirchliche Angelegenheit sei; er hätte also konsequent fortfahren müssen: dadurch ist sie der Kritik des Parlamentes entzogen. Aber statt dessen schlug er sich selbst ins Gesicht und leitete für einen Teil der Geistlichen unhaltbare Konsequenzen daraus ab mit den Worten:

„Der Staat wird sich — auch darin bin ich mit dem Herrn Kultusminister völlig einer Meinung — in Zukunft gewenzen sehen, in der Regel darauf Verzicht zu leisten, Geistlichen, die den Eid geleistet haben, an Gymnasien Unterricht zum Beispiel im Deutschen, in der Geschichte neu zu übertragen. Ich drücke mich absichtlich exemplifizatorisch aus; denn niemand wird irgend ein Bedenken darin finden, derartigen Personen auch weiter den Unterricht in der Mathematik, im Griechischen und Lateinischen, vielleicht auch in griechischer, römischer und assyrischer Geschichte zu übertragen.“

Daran schloß sich dann noch die weitergreifende Bemerkung: „In ähnlicher Weise wird der Staat auch bei der Übertragung anderer Staatsämter in Zukunft eine gewisse Zurückhaltung üben müssen.“

Der Zentrumsführer Dr. Pötsch hat den Wünschen aller Katholiken entsprochen, als er sein Bestreben über diese Stellungnahme ausprach. Kultusminister v. Trott zu Solz suchte dann auch mit folgenden Worten einzulenken:

„Der Vorredner wandte sich mit Entschiedenheit gegen die Auffassung, daß ein katholischer Geistlicher, der den Eid geschworen hat, nicht für befähigt gehalten werde, an unseren höheren Lehranstalten in Deutsch und Geschichte zu unterrichten. Wenn der Vorredner annehmen sollte, daß diese Auffassung auch diejenige des Ministerpräsidenten wäre, so würde er irren. Diese Auffassung hat der Ministerpräsident nicht vertreten, denn wenn er sie vertreten hätte, dann hätte er sich auch dafür aussprechen müssen, daß diejenigen Geistlichen, die zurzeit schon diesen Unterricht

erlebt hätten, daraus entlassen werden müssen. Das hat aber der Ministerpräsident nicht getan, er hat sich im Gegenteil dagegen ausdrücklich gewandt. Wenn wir aber in den gegenwärtigen Verhältnissen glauben, auf diesem Gebiete zurückhaltender sein zu sollen, wenn wir uns insbesondere eine größere Zurückhaltung bei der Anstellung von katholischen Geistlichen im Staatsdienste auferlegen, so ist dafür der Grund die Sorge für die Erhaltung des konfessionellen Friedens.“

Das ist ein halber Rückzug, läßt aber die Bitterkeit bestehen, die die erste Rede hervorrief. Die Stellung der preußischen Regierung geht also dahin, daß wegen des Eides Geistliche im Staatsdienste selten ange stellt werden sollen. Das wäre eine schwere Verlegung des großen Paritätsgesetzes von 1869, das ist ein Eingehen auf die Wünsche der Freimaurerloge, als deren Sprachrohr schon am 13. Dezember 1910 der Abgeordnete Schrader im Reichstag auftrat. Es muß die Katholiken überhaupt ungemein peinlich berühren, daß der Ministerpräsident auf die meisten Wünsche des kulturfärmigen Schrader eingegangen ist, so daß seine Rede vielfach sogar nur ein Echo dieser Logenforderungen darstellt. Diese Tatsache macht die Katholiken doppelt stutzig und findet selbst in protestantischen Kreisen Widerspruch. So wird der „Kreuzzug“ von besonderer Seite geschrieben:

Minder günstig wurden diejenigen Ausführungen des Ministerpräsidenten beurteilt, in denen er, den Wünschen der Linken entsprechend, schon jetzt es als gegebene Folge der Situation bezeichnete, künftig in der Regel von einer Anstellung von Lehrern, die als Geistliche den Modernisteneid geleistet haben, an den höheren Lehranstalten abzusehen, oder doch solchen Geistlichen den Unterricht im Deutschen und in der Geschichte nicht zu übertragen. Hier lag offenbar eine laudable Abweichung von dem auch seitens des Kultusministers in der Kommission dargelegten Standpunkt vor, wonach erst abzuwarten sei, ob und welche vorstaatlichen Standpunkte aus nicht zu duldende Konsequenzen sich aus dem Umstand ergeben würden, daß die Vertreter des Eids geleistet haben. Die von dem Herrn Ministerpräsidenten gezogene Folgerung schien sich auch aus den Voraussetzungen nicht zu ergeben, die er selber im Anfang seiner Rede bei Beurteilung der Natur jener Eidesleistung aufgestellt hatte. Da sich die konservative Fraktion durch ihren Redner nur dem Standpunkt des Kultusministers angegeschlossen hatte, so liegt hier am mindesten eine offene Frage vor, deren Auflösung unseres Erachtens besser unterblieben wäre und zu der die konservative Fraktion sich ihre Stellung jedefalls wird mindestens vorbehalten müßten. Es würde somit dem Eindruck des Ganzen nach den verschiedenen Richtungen hin dienlicher gewesen sein, wenn dieser Erfolg vermieden worden wäre. Dieser Eindruck ist auch durch die Bemerkungen des Herrn Kultusministers in der Sitzung am Mittwoch, der Sache eine etwas andere Wendung zu geben, nicht wesentlich geändert worden.“

Das ist auch unsere Auffassung der Sache. Der Ministerpräsident hat also lediglich den Liberalen zuliebe jene unhaltbaren Sätze aufgestellt, jenen Liberalen zuliebe, die sich in den höchsten Tönen entrüstet, wenn ein Jude nicht Reiseoffizier wird, es aber als selbstverständlich ansehen, daß man katholische Geistliche vom Staatsdienste (Oberlehrer, Kreisinspektoren usw.) ausschließt. Wir bedauern diese Schonfelpolitik auf das lebhafteste und finden sie nicht dazu angezeigt, die Befürchtungen der Katholiken zu zerstreuen. Es will uns vielmehr scheinen, daß es jetzt recht gilt, auf den Boden zu sein und in geschlossener Einmütigkeit sich um die Bischöfe und um Rom zu scheren, aber auch dafür zu sorgen, daß ein starkes Zentrum erhalten bleibt, denn dieses hat sich wieder allein als ein Hort für die katholischen Volksinteressen erwiesen.

## Gedächtnisfeier des 40jähr. Bestehens der Zentrumspartei des deutschen Reichstages und des preuß. Abgeordnetenhauses

Die Zentrumspartei des deutschen Reichstages und des preußischen Abgeordnetenhauses haben beschlossen, am 21. März im Reichstagsgebäude zur Feier ihres 40jährigen Bestehens eine feierliche Zusammenkunft (Feiern) zu veranstalten. Zu diesem Zwecke haben die Fraktionsvorstände Freiherr v. Hertling und Dr. Pötsch folgendes Einladungsschreiben an die Zentrumspartei und die Landesorganisationen der Zentrumspartei in allen deutschen Bundesstaaten, sowie an die Provinzialorganisationen in Preußen ergehen lassen:

„Am 18. Januar 1911 konnte das deutsche Volk mit berechtigtem Stolz auf 40 Jahre steten Friedens und wachsender Blüte seit Wiedererstehung des Deutschen Reiches durch die Kaiserproklamation zu Versailles zurückblicken. Fast gleichzeitig mit dem Deutschen Reich entstand auch diejenige politische Partei, die in besonderem in ihrer Zusammensetzung eine Vertretung aller Stämme des deutschen Volkes mit seiner bundesstaatlichen Gliederung und

seinen verschiedenen Berufsständen darstellt. Am 14. Dezember 1870 erfolgte die Begründung der Zentrumspartei des preußischen Abgeordnetenhauses, am 11. Januar 1871 erging der mit 51 Unterschriften unterzeichnete Aufruf zur Begründung der Zentrumspartei des deutschen Reichstages und am 31. März trat die Reichstagsfraktion zum ersten Male zu ihrer Konstitution zusammen. Diesen hochbedeutenden Tag im Rückblick auf vier Jahrzehnte ruhmvollen Kampfes und erfolgreicher Arbeit zum Wohle des Vaterlandes festlich zu begehen, ist für die Zentrumspartei des Deutschen Reiches und des preußischen Abgeordnetenhauses eine herzens- und Ehrensache. Sie wünschen sich jedoch zu dieser Feier mit den Vertretungen der Zentrumspartei in allen deutschen Landen und Städten zu vereinigen und laden die hiermit ebenso herzlich als dringend zur Teilnahme ein. In allen Teilen des Reiches haben sich die Anhänger der Zentrumspartei zu dem Kampf für Wahrheit, Recht und Freiheit auf dem Boden des gemeinsamen Programms zusammengefunden und es bilden die Zentrumspartei und die Organisationen der Zentrumspartei in allen deutschen Ländern ein großes einheitliches Ganze, dessen Mitglieder in Freude und Leid, wie im Streben nach den gemeinsamen Zielen treu und fest mit einander verbunden sind. Wir dürfen deshalb freudige Anteilnahme an unserer Gedächtnisfeier bei allen Körperschaften der Zentrumspartei voraussehen und beehren uns demzufolge den verehrlichen Vorstand ganz ergebenst einzuladen, recht viele Mitglieder zu der Feier des 21. März nach Berlin in die große Kuppelhalle des Reichstages zu entsenden. Die Namen der dem Vorstand mit der Vertretung beauftragten Herren bitten wir uns unter der Adresse des Landesauschusses der Zentrumspartei Berlin W. 9. Köthener Straße 27, gütigst so bald als möglich, spätestens aber bis zum 10. März zu nennen, damit wir denselben noch nähere Mitteilungen machen können. Im Auftrage der Zentrumspartei des deutschen Reichstages: Der Vorstand Dr. Freiherr v. Hertling, der Zentrumspartei des preußischen Abgeordnetenhauses: Der Vorstand Dr. Pötsch.“

Außerdem sind zur Teilnahme an der Feier aufgefordert worden die ehemaligen Mitglieder der beiden Fraktionen aus früheren Legislaturperioden, befreundete Mitglieder der Ersten Kammer der deutschen Bundesstaaten, weiter die Mitglieder des Augustinusvereins für die deutsche Presse. Die Hauptveranstaltung wird ein um 8 Uhr abends beginnendes Festmahl in der großen Kuppelhalle des Reichstages stattfinden. Die Fraktionen geben sich der Hoffnung hin, daß ihrer Aufforderung die Parteifreunde und ehemaligen Kampfgenossen aus allen deutschen Städten in großer Zahl Folge leisten werden, und daß die Gedächtnisfeier in der fulmen Erinnerung an die 40jährige ruhmvolle Geschichte der Partei, ihre Leiden und Sorgen, Kämpfe und Siege, die Einigkeit der Parteigenossen noch fester begründet und den jetzt im Kampfe stehenden die Zuversicht auf das fernere Wachen und Blühen der Partei stärken wird. Die Feiersteilnehmer werden schon von Sonntag an Gelegenheit finden, an Beratungen und Zusammenkünften der Partei teilzunehmen. Außer der am Sonntag der 19. nachmittags stattfindenden Landesanschlußtag der preußischen Zentrumspartei ist auf den Abend des gleichen Tages eine Vorstandssitzung des Augustinusvereins anberaumt. Am Montag den 20. vormittags 10 Uhr treten im preußischen Abgeordnetenhaus die Mitglieder des Augustinusvereins mit den Abgeordneten der beiden Parlamente zur Beratung der politischen Lage und aktuellen Fragen zusammen. In dieser Versammlung werden die Feiersteilnehmer herzlich willkommen sein. Am Montag abend soll eine Beratung der Parteiführer aus allen Bundesstaaten in engerem Kreise stattfinden. In gleicher Zeit werden gefällige Zusammenkünfte der Mitglieder des Reichstages und des Abgeordnetenhauses mit den Parteifreunden an verschiedenen Orten Gelegenheit zu freundlicher Ansprache gewähren. Zur Führung durch die Sehenswürdigkeiten Berlins stehen die Fraktionsmitglieder den auswärtigen Feiersteilnehmern zur Verfügung. Tribünenkarten zum Besuch der Reichstags- und der Abgeordnetenhausanschlägen werden am 19. und 20. März bereithalten. Zur Vorbereitung der Feier ist aus Mitgliedern der beiden Parlamente ein Ausschuss zusammengetreten, der in näheren Auskünften bereit ist. Schriftliche Anfragen sind an das Landesanschlußbüro der preußischen Zentrumspartei Berlin W. 9. Köthener Straße 27, zu richten.

## Der 90. Geburtstag des Prinzregenten Luitpold.

Die offizielle Feier des 90. Geburtstages des Prinzregenten wurde am 9. d. M. abends mit einer Galavorstellung im festlich geschmückten Hoftheater zu München eröffnet. Als der Prinzregent mit der Prinzessin Ludovia die große Loge betrat, wurde er von den begeisterten Hohenstaufen der Gäste begrüßt.

Bei der großen Feier der Landesanschlußtag im Thronsaal der Residenz am 9. d. M. war ganz Bayern vertreten. Prinzregent Luitpold war von fast sämtlichen Mitgliedern des königlichen Hauses umgeben. Der Prinzregent zeigte